

Juliette

das jungliberale Magazin für Baden-Württemberg | Ausgabe 2/2016

Liberal &

sozial



Ein Heft von **Bürgergeld** bis **Rentenpolitik**.

Und: Die Landtagswahl im Rückblick.



IMPULSE

Die Beta Rente <i>Interview mit Michael Theurer</i>	4
Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert <i>Achim Gnadt über Sozialpolitik</i>	6
Das liberale Bürgergeld <i>„Sozial und nachhaltig“ findet Marcel Aulila</i>	8
Das bedingungslose Grundeinkommen <i>Emanuel Kollmann und Steffen Seitter im Face Off</i>	10

IMPRESSIONEN

Wenn JuLis Wahlkampf machen <i>Valentin Christian Abel über die Bustour</i>	12
Landtagswahl: Ausblick für den Bund? <i>Marcel Aulila analysiert</i>	13
Mein erster LaKo <i>Neumitglied Maximilian Haas berichtet</i>	14
Programmatik-Update <i>Max Rathgeb erklärt die Beschlüsse des 69. LaKos</i>	15

Friedrich Naumann
STIFTUNG **FÜR DIE FREIHEIT**

FREIGEISTER

Impressum

**Chefredaktion,
Gestaltung und Satz**
Alexandra Seyfang

Verantwortlich i.S.d.P.
Carolin Grulms

Herausgeber
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Postfach 10 15 52
70014 Stuttgart
www.julis-bw.de

Bilder
JuLis/FDP Privat oder unter CC0-1.0

Druck
DIVYANAND Verlags-GmbH, Herrschried

Auflage und Bezug
1.500 Stück im Vertrieb kostenfrei an die Mitglieder
der Jungen Liberalen Baden-Württemberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

Liebe JuLis,

wir alle kennen ihn, diesen einen JuLi. Sobald er den Mund aufmacht, hört man irgendwo aus dem Raum das Wort „Sozialist“ hallen. Doch mal ganz unabhängig davon, ob man sich selbst nun als sozialliberal oder wirtschaftlich konservativ bezeichnet: Die Sozialpolitik ist ein Thema, mit dem wir Liberale nur allzu selten verbunden werden. Aber ist das zu Recht so? Was sind denn unsere Antworten auf steigende Gehaltsunterschiede oder auf eine älter werdende Bevölkerung? Dieses Heft möchte Antworten auf

diese Fragen finden und euch auf eine Reise durch die Sozialpolitik nehmen. Alle Beiträge zum Schwerpunktthema findet ihr in der neuen Rubrik Impulse. In der ebenfalls neuen Rubrik Impressionen findet ihr Eindrücke der letzten Monate zur Landtagswahl, der Bustour und zum letzten Landeskongress. Mit neuem Logo und Design hoffe ich, dass euch das Anschauen des Heftes ebenso viel Spaß bereitet wie das Lesen. Folgt ihr dem QR-Code auf dieser Seite, kommt ihr zur Online-Version dieser Ausgabe.



Deine
Juliette
– jetzt auch
online



Alexandra Seyfang ist Beisitzerin im Landesvorstand der JuLis Baden-Württemberg und Chefredakteurin der Juliette

Die Beta Rente

Dass die FDP ein flexibles Renteneintrittsalter fordert, ist unter Liberalen fast schon ein alter Hut. Auf dem Bundesparteitag unter dem Motto „Beta Republik“ hat sie kürzlich ein neues Rentenprogramm beschlossen. Was steht darin über das liebste Wahlkampfthema der GroKo? Ein Gespräch mit FDP-Landeschef Michael Theurer über die Grundsätze und die Zukunft der Rentenpolitik.

Juliette: Vor kurzem hat mir eine Taxifahrerin, die mit ihrem Job ihre Rente aufbessert, ans Herz gelegt schon jetzt Geld fürs Alter zur Seite zu legen. Würden Sie mir als jungem Menschen denselben Rat geben?

Theurer: Absolut. Durch den demografischen Wandel, also immer weniger jüngere und mehr ältere Menschen, kommt das umlagefinanzierte Rentensystem in eine schwierige Situation. Es ist jetzt schon absehbar, dass ein Arbeitnehmer nicht mehr eine volle Rente bezahlen kann. Somit ist mehr private Vorsorge auf jeden Fall sinnvoll. Dazu muss man raten.

Juliette: Für Geringverdiener sehe ich die zunehmende Wichtigkeit der privaten Vorsorge problematisch, weil sie nicht die Chance haben aus ihrem Gehalt viel zur Seite zu legen. Wie kann ihnen geholfen werden?

Theurer: Wir Freien Demokraten sind für eine Grundsicherung im Alter. Im Moment ist das Problem, dass die private Vorsorge dann draufgeht, weil sie mit der staatlichen Sicherung verrechnet wird. Das wollen wir ändern, damit auch Geringverdiener einen Anreiz haben privat vorzusorgen.

Juliette: Mit Blick auf die Niedrigzinspolitik der EZB sorgen sich immer mehr Leute um ihre private Vorsorge. Wie verlässlich ist diese Form der Alterssicherung noch?

Theurer: Sowohl die gesetzliche Rentenversicherung als auch die private Vorsorge unterliegen Risiken. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung ist es das Verhältnis zwischen der Zahl der Sozialversicherungspflichtigen und der Rentenbezieher. Bei der privaten Altersvorsorge hängt der Erfolg von der zur Verfügung stehenden Summe und von der Verzinsung des eingesetzten Kapitals ab. Da ist die Niedrigzinsphase in der Tat ein Problem.

Die Zinshöhe hängt allerdings nicht allein von der EZB, sondern auch von der Wachstumsperspektive ab. Die niedrigen langfristigen Zinsen in Europa weisen darauf hin, dass die Kapitalmärkte die Wachstumschancen für gering halten. Dieses Problem wird nicht stark genug kritisiert. Wir Freien Demokraten fordern daher ein Update; wir fordern Wachstumsimpulse. In Europa, dem Altersheim der Welt, brauchen wir gesteuerte Zuwanderung und eine klar auf technologischen Fortschritt und Innovation ausgerichtete Politik. Das führt zu Wachstum,

zu höheren Zinsen und erleichtert so die private Altersvorsorge.

Juliette: Zuwanderung ist eine Möglichkeit die Zahl der Beitragszahler zu erhöhen. Ich stelle mir einen Flüchtling vor, der mit 30 Jahren nach Deutschland kommt und ein paar Jahre für Sprache und Integration braucht, bis er als Arbeitnehmer Beiträge zahlt. Schafft dieser es im Laufe seiner verkürzten Arbeitszeit, falls er im unteren Lohnsektor angesiedelt ist, ein Rentenniveau über dem Grundsicherungslevel zu erwirtschaften?

Theurer: In diesem Zusammenhang muss man trennen zwischen Zuwanderung aus humanitären Gründen und der gesteuerten Zuwanderung von Fachkräften in den Arbeitsmarkt. Im von mir beschriebenen Wachstumszusammenhang wollte ich darauf hinweisen, dass es bei einer schrumpfenden Bevölkerung mit bedarfsgedeckten Märkten – also jeder hat ein Auto, jeder hat einen Kühlschrank – ohne Innovation wenig Wachstumsimpulse gibt. Das war eher ein wirtschaftspolitisches Argument als ein Argument für die gesetzliche Rentenversicherung.

Bei der Rentenversicherung ist der Finanzbedarf abhängig von der Zahl der Versicherer und von der Zeit des Bezuges. Wenn Menschen immer älter werden, muss immer mehr finanziert werden. Da ist es von entscheidender Bedeutung, ob die Zahl der Beitragszahler steigt, stagniert oder zurückgeht. Die Zuwanderung von Fachkräften, die auch Arbeit finden sowie Steuern und Beiträge bezahlen, ist positiv und stabilisiert das Rentensystem. Es kommt also vor allem auf qualifizierte Zuwanderung und schnelle Integration in den Arbeitsmarkt an. Insofern plädieren wir im Zusammenhang mit Flüchtlingen dafür, dass diejenigen mit Bleibeperspektive auch schnell in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Juliette: Um den Kreis der Beitragszahler zu erhöhen könnte man auch momentan ausgeschlossene Gesellschaftsgruppen miteinbeziehen. Die FDP möchte die Sonderregelungen für Selbstständige in der gesetzlichen Rentenversicherung abschaffen und alle Selbstständigen gleich behandeln. Könnte man diese Gruppe nicht komplett miteinfassen?

Theurer: Bisher ist es so, dass einige Selbstständige, wie Handwerker, durch die Rentenversicherung abgesichert sind und andere Selbstständige nicht. Im Grunde genommen gibt es bei Unternehmern, Freiberuflern und Selbstständigen drei Gruppen: Die Einen, die pflichtversichert sind in der Rentenversicherung, die anderen, die freiwillig versichert sind über Berufsvorsorgewerke, wie etwa Anwälte, und dann gibt es andere, die überhaupt keine Pflicht zur

Versicherung haben. Wir wollen mehr Wahlfreiheit und mehr Selbstbestimmung in allen Lebenslagen. Deshalb hat die FDP beschlossen, dass die Pflichtversicherung etwa von Handwerkern in der gesetzlichen Versicherung aufgehoben wird. Allerdings wollen wir eine Pflicht zur Versicherung für alle Selbstständigen, weil wir die zunehmende Altersarmut von diesen Menschen mit Sorge sehen und aktiv bekämpfen wollen. Wie bei der KfZ-Versicherung möchten wir, dass sich jeder und jede versichern muss. Allerdings soll freigestellt werden, wie sich die Betroffenen versichern, also ob sie in die gesetzliche Rentenversicherung gehen oder in eine private Vorsorge einbezahlen.

Juliette: Sie haben im Europa-Parlament den Vergleich zu anderen Ländern. Halten Sie das deutsche Versicherungssystem für die beste Lösung oder sehen Sie ein Grundrentensystem mit pauschaler Leistung positiver?

Theurer: Allgemein hat sich das deutsche Rentenversicherungssystem bewährt. Die Versicherung muss allerdings insbesondere angesichts des demografischen Wandels ergänzt werden. Deshalb plädiert die FDP dafür, die Elemente der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge zu stärken. Im Vergleich mit Rentensystemen in anderen europäischen Ländern gibt es welche, die uns voraus sind, etwa die Niederlande. Ich glaube, dass es gerade im europäischen Vergleich gute Argumente gibt, dass



das neu beschlossene Konzept der FDP richtig ist und schnellstmöglich umgesetzt werden soll. Also eine stärkere Wahlfreiheit mit Pflicht zur Versicherung sowie Anreize, länger zu arbeiten und mehr privat vorzusorgen.

Juliette: Die Vorstellung, die hinter der betrieblichen Vorsorge steht, nämlich dass ein Mensch ein Leben lang beim selben Arbeitgeber arbeitet, hält die FDP für nicht mehr zeitgemäß. Wie kann diese Vorsorgeform bei häufigem Arbeitgeberwechsel zukünftig genutzt werden?

Theurer: Zunächst ist wichtig zu betonen, dass wir für die betriebliche Altersvorsorge sind. Es ist ein Instrument der Personalbindung von Unternehmen sowie ein Beitrag von Unternehmen und Arbeitnehmern zur zusätzlichen Altersvorsorge. Das ist positiv. Wir wollen deshalb auch, dass bürokratische Hemmnisse, die Unternehmen von der Schaffung einer betrieblichen Vorsorge abhalten, abgebaut werden. Allerdings erleben wir, dass die moderne Weltwirtschaft fordert, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit großer Flexibilität am Arbeitsmarkt unterwegs sind. Diese müssen wir bei der Altersvorsorge berücksichtigen. Wir Freien Demokraten sind für die Portabilität der Versorgungsansprüche. Wir wollen also, dass bei Wechsel des Arbeitgebers die Versorgungsansprüche mitgenommen werden können. Diese Portabilität wollen wir nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb Europas, sodass Menschen von einem in ein anderes Mitgliedsland umziehen können. Da gibt es im Moment noch hohe bürokratische Hürden, die die Mobilität am europäischen Arbeitsmarkt stark einschränken. Das ist nicht mehr zeitgemäß.

GERECHTIGKEIT

in der Sozialpolitik im 21. Jahrhundert

Gerechtigkeitsdebatten unter der Schlagzeile „Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander“ sind aus der deutschen Medienlandschaft kaum wegzudenken. Egal, ob man sich über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, private Medien oder soziale Netzwerke über das Weltgeschehen informiert - es entsteht leicht der Eindruck, die Welt sei ungerecht und mehr Umverteilung wäre nicht nur die einfache, sondern auch die richtige Antwort.

Gerechtigkeit ist mehr als Umverteilung

Mein ganz persönliches Gerechtigkeitsempfinden ist eng mit Freiheit verbunden. Für mich sind die wichtigsten Merkmale von Gerechtigkeit die Gleichheit vor dem Gesetz, das Gefühl frei über den Verlauf meines Lebens entscheiden zu können und der Eindruck, dass Minderheiten nicht diskriminiert werden. Der Gerechtigkeitsbegriff sollte daher weiter gefasst werden, auch und im Speziellen in der Sozialpolitik. Es darf nicht Ziel von Sozialpolitik sein, für eine Gleichverteilung der Einkommen und Vermögen in Deutschland zu sorgen. Laut einer OECD-Studie von 2011 gibt es nur zwei Staaten der OECD, die noch stärker umverteilen als Deutschland. Die Sozialpolitik unseres Landes sollte stärker auf individuelle Bedürfnisse eingehen, um ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, ohne durch eine zu starke Umverteilung Leistungsanreize zu nehmen und langfristiges Wachstum zu gefährden.

Ungleichheit ist nicht zu verwechseln mit Ungerechtigkeit

Eine starke Zivilgesellschaft ist in der Lage ungleiche Einkommen und Vermögen auszuhalten. Wir Liberale setzen uns für die Anerkennung von Leistung ein und fordern Mut zur Gestaltung des eigenen Lebens. Daher sind eine Vermögens- und Erbschaftssteuer abzulehnen. Es ist nicht ungerecht, wenn der Stürmer eines Bundesligaverbands mehr verdient als die Krankenschwester der Nachtschicht. Zur Gerechtigkeit

gehört allerdings, dass der Stürmer in diesem Beispiel auch mehr zum Allgemeinwohl beiträgt, indem er höhere Steuern zahlt. Eine gerechte Gesellschaft ist allerdings auch sozial durchlässig und macht es daher neuen Teilnehmern grundsätzlich leicht teilzunehmen. Markteintrittsbarrieren wie den Kammerzwang und Lizenzen für bestimmte Berufsgruppen lehnen wir daher ab und setzen uns für ein starkes Kartellrecht auch im digitalen Bereich sowie die Netzneutralität ein, damit Umverteilung gar nicht erst nötig wird und keine verkrusteten Strukturen entstehen - weder in Wirtschaft noch Gesellschaft.

Bildung ist der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit

Die beste Sozialpolitik ist in meinen Augen eine durchdachte Bildungspolitik, die jeden Einzelnen befähigt sich selbst zu entfalten. Sozialpolitik als Bildungspolitik zieht sich durch alle Lebensphasen der Bürger. Der Zugang zu Bildung muss in jeder Lebenslage gestärkt werden, nicht zuletzt in einer Welt, die sich so schnell wandelt wie nie zuvor. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Budget der Eltern oder dem Geburtsort abhängen, egal ob in der frühkindlichen Bildung oder dem Studium.

Internationale Vermögensunterschiede: Wealth Gap

Ein Teil der gerechten Sozialpolitik ist auch die globale Verteilung von Einkommen und Vermögen. Schon innerhalb der Europäischen Union gibt es deutliche Unterschiede. Ist es fair, dass das reichste Prozent mehr besitzt als die restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung? Statt eine europäische Schuldengemeinschaft über Eurobonds zu etablieren oder eine kurzfristige Umverteilung zu finanzieren, können deutsche Experten durch die Schaffung von inklusiven Institutionen einen nachhaltigen Beitrag zur Gerechtigkeit Staaten schaffen. Inklusiv Institutionen ermöglichen die Teilhabe an gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Freiheit und schaffen in Verbindung mit einem Rechtsstaat und einem Staat, der in der Lage ist das Recht durchzusetzen den Rahmen, in dem sich seine Bürger entfalten können.



Achim Gnadt ist Landesprogrammattiker der JuLis Baden-Württemberg

Das *liberale* Bürgergeld

Sozial, transparent, nachhaltig

Anhand des Mindestlohngesetzes zeigt sich ein weiteres Mal, dass unsinnige Politik nicht nur miserable Ergebnisse liefert, sondern auch eine Abwärtsspirale in Gang setzt, die das ursprüngliche Problem noch weiter verschärft. Der Mindestlohn hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Hartz-IV-Aufstocker in die Höhe getrieben. Doch anstatt diesen als Sozialpolitik bezeichneten Fehltritt zu korrigieren, fordern manche Parteien bereits eine Erweiterung der Anspruchsberechtigten und eine Erhöhung des Mindestlohns auf zehn Euro. Und natürlich werden auch in Zukunft, sobald die zehn Euro Mindestlohn feststehen und die Zahl der Aufstocker folglich zunimmt, immer weitere Erhöhungen gefordert. Lässt man die Tatsache außer Acht, dass eine Durchsetzung des Mindestlohns aufgrund fehlender Zollbeamter derzeit kaum möglich ist, stellt sich die Frage: kann Deutschland diesem Teufelskreis entkommen? Natürlich! Mit dem liberalen Bürgergeld. Es bedarf keines Mindestlohnes, einer Unzahl von Behörden oder auf-

wendiger Amtsbesuche. Und es steht jedem Menschen in Deutschland zu. Die Idee des Bürgergelds in Form einer negativen Einkommenssteuer ist nicht neu, hat aber an Aktualität nie verloren. Gerade angesichts der wenig nachhaltigen Sozialvorhaben der großen Koalition – zum Beispiel die abschlagsfreie Rente mit 63 – ist das Bürgergeld die nachhaltigere und haushaltspolitisch bessere Alternative.

Zunächst sorgt das liberale Bürgergeld, durch Zusammenfassung und Pauschalisierung der verschiedenen Sozialleistungen, für Bürokratieabbau. Momentan gibt es dutzende Sozialleistungen, die von einer Bedarfsgemeinschaft in Anspruch genommen werden können. Allerdings werden diese Leistungen von unterschiedlichen Stellen berechnet, gewährt und ausgezahlt. Warum muss die Bundesagentur für Arbeit das Arbeitslosengeld, die Wohngeldstelle das Wohngeld, oder das Gemeindeamt den Heizkostenzuschuss auszahlen? Diese Aufteilung schafft teures Behördendickicht, sie bevor-

teilt auch Sozialleistungsoptimierer. Hinzu kommt, dass der Datenschutz und die informationelle Selbstbestimmung unter der Masse der Behörden leiden. Denn jede Behörde muss zur Ermittlung der auszahlenden Sozialleistungen verschiedenste Daten über Einkommen und Vermögen sammeln. Durch Einführung des liberalen Bürgergelds gibt es nur noch eine Stelle. Das Finanzamt als zuständige Behörde transferiert Geld an die Bürger. Das reduziert die Bürokratie, schafft Klarheit auf beiden Seiten, das heißt sowohl beim Amt als auch beim Bürger. Außerdem weiß das Finanzamt über die Einkommen der Bürger Bescheid – warum also sollten andere Ämter diese sensiblen Daten der Bürger zusätzlich erhalten?

Aber es geht nicht nur um die Beseitigung schlechter Organisation. Es geht auch um Fairness. Denn nur das Bürgergeld garantiert, dass dort Unterstützung geleistet wird, wo sie wirklich gebraucht wird. Die Bürger können durch die zusammengefassten und pauschalisierten Leistungen klar erkennen, welche ihnen zustehen. Diese Transparenz ist nichts anderes als Fairness. Sie hilft den Bedürftigen und

verhindert, dass durch Mehrfachbezug Leistungen erschlichen werden können.

Das liberale Bürgergeld sorgt also für eine unbürokratische und faire Sozialhilfe. Diese hat den positiven Nebeneffekt der Generationengerechtigkeit. Denn das liberale Bürgergeld bestraft Bürger nicht dafür, dass diese eine Arbeit aufnehmen. Im Gegenteil, es aktiviert sie und ermöglicht ihnen das Streben nach einem höheren Lebensstandard gemäß der eigenen, freien Wahl. Diese freie Wahl spielt auch im Kontext der Generationengerechtigkeit eine Rolle: wer über Jahrzehnte durchgehend gearbeitet hat, soll auch frei über seinen Renteneintritt ab 60 bestimmen können. Und Bürger, die über lange Zeit im Ausland gelebt, die Sabbatjahre in Anspruch genommen haben oder eigenständig unternehmerisch tätig waren, müssen genauso von einer klugen Sozialpolitik profitieren wie etwa aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedene, die sich zur Rente etwas hinzuverdienen möchten. Denn momentan werden diese Gruppen für ihr Engagement geahndet – und das kann und darf nicht Ziel der Politik sein.



Marcel Aulila ist Landesvorsitzender der JuLis Baden-Württemberg

Das *bedingungslose* Grundeinkommen

Traum einer besseren Welt

Es gibt Menschen in unserer Gesellschaft, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu finanzieren. Es gab sie immer und wird es auch immer geben. Es ist seit langem unter Liberalen Konsens, dass wir diese Menschen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen, sondern dass es Aufgabe der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass jeder Mensch ein menschenwürdiges Leben leben kann.

Doch gerade wir Liberale tun uns mit der konkreten Umsetzung schwer. Auf der einen Seite stehen wir für einen Staat, der die Umverteilung der erwirtschafteten Güter auf das notwendige beschränkt – auf der anderen Seite ist ein soziales Sicherungssystem teuer und nur durch Umverteilung zu beschränken. Auf der einen Seite wollen wir auch Sozialleistungsempfängern ein eigenverantwortliches Leben ermöglichen, auf der anderen Seite wollen wir, dass Sozialleistungen nur denen gezahlt werden, die es auch wirklich nötig haben, was ohne effektive Kontroll- und Überwachungssysteme kaum möglich erscheint.

Andere politische Richtungen tun sich mit dem Dilemma naturgemäß leichter. Linke, Sozialdemokraten und Grüne haben erfahrungsgemäß wenig Probleme mit einer überbordenden Umverteilung – welchen Einfluss das auf die Erwirtschaftung der zu verteilenden Güter hat, ist da erstmal zweitrangig. Kombiniert man das mit den konservativen Flügeln unserer Parteienlandschaft kommt das heraus, was wir heute unser Sozialsystem nennen: Ein unüberschaubarer Behördendschubel, der ein noch unüberschaubareres WirrWarr an Sozialleistungen verwaltet und auf der anderen Seite unfassbaren Aufwand betreibt, um Anspruchsteller aufs genaueste zu überprüfen, kontrollieren und klein zu halten. Effizient ist das jedenfalls nicht.

Den Kampf gegen diesen Apparat aufzunehmen ist eins der Themen, was uns immer wieder – und immer wieder ergebnislos – beschäftigt. Vor allem auch deswegen, weil große Teile des Apparates eben auch unseren Vorstellungen entsprungen sind.

Eventuell wäre es aus liberaler Sicht Zeit zu einer Radikallösung zu greifen. Bedingungsloses

Grundeinkommen heißt das Zauberwort. Wir haben darüber vor Jahren mehrmals auf Landeskongressen diskutiert und es jedesmal mit großer Mehrheit abgelehnt. Aber vielleicht wird es an der Zeit diese Entscheidung zu überdenken.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen bedeutet schlicht und einfach, dass jedem Bürger jeden Monat ein bestimmter Betrag zur Verfügung gestellt wird, der das minimale Existenzniveau abdecken soll. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und bedingungslos heißt in dem Fall wirklich bedingungslos. Es gibt keinerlei Bedarfsprüfung mehr, keine Anrechnung von Zusatzeinkommen. Die Bürokratie darf dahin gehen, wo der Pfeffer wächst.

Zwar mag es einem merkwürdig vorkommen, dass auch diejenigen, die gar keinen Bedarf haben, von einer solchen Leistungen profitieren sollen, jedoch spricht viel dafür das Konzept konsequent durchzuziehen: Nur so wird eine alte liberale Forderung dann auch Wirklichkeit: Dass jeder, der sich selbst etwas verdient, dies auch behalten darf und deswegen nicht den Verlust seiner Sozialleistungen befürchten muss. Arbeit muss sich wieder lohnen.

Und überhaupt: Alle Modelle von bedingungslosen Grundeinkommen legen zur Finanzierung eine radikale Vereinfachung des Steuersystems zu Grunde. Teilweise auf Einkommenssteuerbasis, teilweise auf Konsumsteuerbasis. Das sind ja auch Konzepte, die uns Liberalen nicht ganz fremd sind...

Zwar wird man naheliegenderweise dem bedingungslosen Grundeinkommen eine gewisse Realitätsferne unterstellen können, aber Modellversuche gibt es bereits. Und von einer besseren Gesellschaft zu träumen, ist ja immer noch die Basis sie eines Tages zu erreichen.



Emanuel Kollmann ist ehemaliger Landesvorsitzender der JuLis Baden-Württemberg



Steffen Seitter ist ehemaliger Landesprogrammatiker der JuLis Baden-Württemberg

Ist das noch liberal?

Wer wünscht sich das nicht? Tun und lassen zu können, was er gerne möchte, und trotzdem ein sorgenfreies Leben haben. Schönes Konzept, klingt auch erstmal nach Liberalismus. Hat leider viele Probleme, von denen ich hier nur die drei Wichtigsten betrachten möchte. Ach und bevor hier jemand was anderes denkt – liberal ist es auch nicht.

Aber ich will nicht zu weit vorgreifen. Welche Probleme hab ich mit diesem System der Umverteilung? Ja, Umverteilung! Die wenigsten benutzen dieses Wort, aber auch ein liberales Bürgergeld ist ein System der Umverteilung. Und das ist schon das erste Problem. Umverteilung heißt immer auch, dass ich irgendjemandem Geld wegnehme. Irgendjemandem? Nein, erstmal allen, die arbeiten und heute schon mehr verdienen als ein hypothetisches Grundeinkommen hoch ist. Die zahlen also schon einmal drauf. Soweit nichts Neues: Auch heute zahlen alle, die arbeiten, die Absicherung für andere. Der Theorie nach müsste auch keiner mehr bezahlen als vorher. Bürokratieabbau und das Geld, welches wir heute schon ins System stecken, soll angeblich ausreichend sein, um ein Grundeinkommen für jeden zu sichern. Zusätzlich soll jeder mit dem Grundeinkommen nachher mehr Geld erhalten als heute für die Absicherung vorgesehen ist.

Hier steckt der Kern des Problems. Es gibt einen Grund, warum die heutige Absicherung geringer ist. Sie ist richterlich überprüft und soll für ein menschenwürdiges Leben reichen. Mehr als eine Grundsicherung für Lebensrisiken sollte der Staat im liberalen Konzept nicht einnehmen. Denn warum sollte ich anderen mehr Geld wegnehmen als ich für diese Grundsicherung brauche? Das kann doch nicht gerecht und schon gar nicht liberal sein!

Zweiter Fehler im System. Es gibt viele Aufgaben, die von Menschen erledigt werden müssen, die keinen Spaß machen. Oft ist auch die Wertschöpfung dieser Tätigkeiten keine große. In einer Welt, in der jeder nur noch das tut, wozu er Lust hat, wer bringt da den Müll weg oder putzt oder arbeitet an Weihnachten? Also wenn ich die Wahl hätte, würde ich das nicht machen. Aber die Frage muss das System ja nicht beantworten, oder? Einer wird sich dann schon aus Nächstenliebe opfern. Ist heute ja schon so, dass unser System aus Nächstenliebe funktioniert – auf diesen Punkt komme ich gleich zurück.

Wir sehen also es funktioniert nicht, dass jeder nur tut was er will und die Welt trotzdem funktioniert wie heute. Mit der schönen neuen Freiheit beim Grundeinkommen ist es wohl schnell vorbei. Spätestens dann, wenn der Mülleimer voll ist.

Kommen wir aber nochmal zurück zur Nächstenliebe und damit zum dritten Problem. Adam Smith hat einmal gesagt er verlasse sich nicht auf die Nächstenliebe des Bäckers, um frische Brötchen zu bekommen, sondern auf das wirtschaftliche Eigeninteresse des Bäckers. Einfach gesagt: Mit Nächstenliebe funktioniert die Marktwirtschaft nicht. Mit dem Grundeinkommen stirbt entweder die Marktwirtschaft oder sie reagiert einfach mit steigenden Preisen, um diese Effekte auszugleichen. Ich tippe ja auf die ausgleichende Wirkung. Dann bleibt aber alles beim alten. Das Grundeinkommen wird zu einer Grundsicherung. Gewonnen ist damit gar nichts.

Ich fasse das mal kurz zusammen: Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen nehmen wir den Leistungsträgern mehr Geld weg als notwendig, wirklich tun und lassen können, was man will, werden wir auch nicht in höherem Maße als heute schon und letztendlich sind die Auswirkungen auf unser marktwirtschaftliches System eher fraglich.

On the road again

Wenn JuLis Wahlkampf machen

Kälte. Regenwetter. Tristesse.

Hätte man die äußeren Umstände des Auftakts der JuLi-Bustour in Denzlingen zum Maßstab gekürt, sie wäre unter keinem guten Stern gestanden. Doch jener graue Märzabend war anders. Er war geprägt von der Neugierde auf einen intensiven Wahlkampf, auf neue Menschen und eine spannende Zeit miteinander. Und er stand im Zeichen der aktuellen Umfrage für die Landtagswahl, die die Freien Demokraten erstmals bei acht Prozent sah. Für Motivation und Leidenschaft der Wahlkämpfer war damit gesorgt – und beides sollte sich über die kommenden Tage noch steigern.

Dabei galt es keine Zeit zu vergeuden: wer dachte, dass sich die JuLis aus Baden-Württemberg, Bayern und Hessen nach der ersten Großveranstaltung der Tour einen gemütlichen Abend machen würden, sah sich eines Besseren belehrt. Stattdessen mischten sich die JuLis unter das Freiburger Partyvolk und machten die Nacht zum Tage.

Vom Breisgau aus ging es dann durch den malerischen Schwarzwald und über die schwäbische Alb hinab an den Bodensee – natürlich nicht ohne im gecharterten Bus für reichlich Stimmung zu sorgen. Beeindruckend war dabei stets die Gastfreundschaft der einheimischen JuLis und FDP-ler: egal ob im Norden oder Süden, im Westen oder Osten unseres Landes, überall wurden sämtliche Hebel in Gang gesetzt, um den Wahlkämpfern eine Unterkunft zur Verfügung stellen zu können. Und mag

der eine oder andere Chiropraktiker auch einwenden, dass andauerndes Schlafen auf zu kurzen Sofas oder harten Futons der Gesundheit nicht unbedingt zuträglich sei, so hat er sicher noch nicht die gesellige und verbindende Atmosphäre jener Nachtlager erlebt.

Mit fortschreitender Dauer der Tour verbesserte sich das Wetter gleichermaßen wie die Kenntnis des baden-württembergischen Autobahnnetzes. Für den Aufbau des Aufsehen erregenden Standes wurden regelmäßig neue Rekordzeiten aufgestellt – kleinere Pannen wie in Aalen ausgenommen – und selbst an der neuen Zuckerwattemaschine kristallisierten sich (neben dem Zucker) auch wahre Talente heraus. Spätestens als der Tross Mannheim, Heilbronn und abschließend Stuttgart erreicht hatte, war die Scheu Passanten anzusprechen und ihnen liberale Inhalte näherzubringen auch beim letzten Wahlkämpfer verflogen.

Am Ende dieser Tour könnte man deren Erfolg an der Anzahl der Stationen messen, an verteilten Flyern und Kugelschreibern oder schlicht und ergreifend an sensationellen 8,3 Prozent. Man könnte aber auch auf den Esprit zurückblicken, der die JuLis über die komplette Tour hinweg geeint hat. Oder nach vorn blicken auf die Freundschaften, die während der Tour entstanden sind sowie auf noch kommende Wahlkampftouren in anderen Teilen der Republik.

Wie auch immer man es betrachten mag: die Aussichten für die JuLis im Land sind heiter bis sonnig.



Valentin Christian Abel ist im Bezirksvorstand der JuLis Nordwürttemberg und war auf der gesamten Bustour dabei

Die Landtagswahl

Ausblick für den Bund?

Die Landtagswahl liegt nun schon einige Wochen zurück – es wird Zeit für eine kurzen Rück- und Ausblick. Die Freien Demokraten haben mit 8,3% in Baden-Württemberg, 6,2% in Rheinland-Pfalz und 4,9% in Sachsen-Anhalt beachtliche Wahlerfolge erzielt, zu denen wir Junge Liberale sicherlich einiges beigetragen haben. Allein in Baden-Württemberg haben wir sieben JuLi-Erstkandidaten sowie etliche Zweitkandidaten gestellt, mit unserer Bustour zehn Tage lang das Ländle bereist und auf den Straßen und in den Fußgängerzonen Wahlkampf gemacht. Der Wahlabend war für uns dann auch eine tolle Party.

Die Freude über den Erfolg der Freien Demokraten wird lediglich getrübt von dem zweistelligen Wahlergebnis der AfD in allen drei Bundesländern. Klar ist jedoch: es wird weder eine Zusammenarbeit mit der AfD geben, noch werden wir uns von rechts-populistischen Strömungen beeinflussen lassen.

Stattdessen liegt die Regierungsverantwortung bei den etablierten Parteien: In Baden-Württemberg haben wir uns durch eine Koalitionszusage, auf die sogenannte „Deutschland-Koalition“ mit CDU, SPD und FDP bereits vor der Wahl festgelegt; in Rheinland-Pfalz hingegen ist tatsächlich eine Ampelkoalition entstanden, in der die Freien Demokraten wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Meiner Meinung nach war der Ausschluss weiterer Koalitionen in Baden-Württemberg vor der Wahl ein Fehler. Nach der Wahl galt es dann lediglich konsequent an dieser Koalitionsaussage festzuhalten. Dennoch hätte die FDP aus demokratischer Perspektive zumindest erste Gespräche mit den Grünen führen sollen.

Durch die Ampel in Rheinland-Pfalz und die Option der Deutschland-Koalition, mit der auch viele bei der CDU und der SPD in Baden-Württemberg geliebäugelt hatten, haben sich vor allem im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 wieder neue Koalitionsoptionen aufgetan – das macht die FDP im öffentlichen Diskurs interessant.

Doch natürlich müssen wir mehr sein als der einfache Mehrheitsbeschaffer. Diese Rolle hatten wir lang genug inne. Wir wollen, frei nach unserem Bundesvorsitzenden Konstantin Kuhle, auch nicht das Auffangbecken für Wähler werden, denen die Merkel-CDU zu links und die AfD zu radikal ist. Stattdessen müssen wir uns auf urliberale Positionen konzentrieren. Dazu gehören ein marktwirtschaftlicher Kompass, die Einhaltung rechtstaatlicher Prinzipien und den Schutz der individuellen Freiheit in allen Bereichen der Politik. Unsere Mutterpartei hieran zu erinnern, das muss die Aufgabe der JuLis im Jahr nach den wichtigen Landtagswahlen und vor der alles entscheidenden Bundestagswahl sein.



Marcel Aulila ist Landesvorsitzender der JuLis Baden-Württemberg

Bundestagswahl
2017



Maximilian Haas ist Neumitglied und im Kreisvorstand der JuLis Heidelberg

Mein *erster* LaKo

Mit der Vorerfahrung einer Kreismitgliederversammlung mit Vorstandswahlen und einem Bundeskongress reiste ich schon nicht mehr ganz grün hinter den Ohren zum Landeskongress nach Pforzheim an. Meine Erwartungen an denselben waren vor allem geprägt von meinen Erfahrungen auf dem Bundeskongress ein Wochenende zuvor: harmonische, aber konkurrenzlose Wahlen, Debatten auf hohem Niveau sowie ein ausgelassenes Miteinander prägten mein Bild der JuLis.

Der Landeskongress begann für mich mit der erweiterten Landesvorstandssitzung am Freitagabend. Da ich das letzte Amtsjahr der Julis nicht miterlebt habe, konnte ich die Rechenschaftsberichte inhaltlich kaum nachvollziehen. Deshalb konzentrierte ich mich auf die Atmosphäre. Auffällig war für mich wie kritisch und genau Verhaltensweisen der Vorstandsmitglieder hinterfragt wurden. Kritik wurde offen geäußert und auf höfliche Zurückhaltung wurde weniger Wert gelegt.

Am nächsten Morgen war die Stimmung ausgelassen. Bei den letzten Vorbereitungen in der Kongresshalle war die Vorfreude der Teilnehmer spürbar. Vor dem Beginn des Kongresses fanden inhaltliche Workshops und ein Neumitgliederseminar statt. Gemeinschaftlich wurden hierfür die letzten Stühle aufgestellt. Ich besuchte den Workshop mit Landtagsabgeordneten Kern, in dem wir uns mit Bildungspolitik auseinandersetzen. Bei der Diskussionsrunde mit ihm sowie bei den späteren Reden von Spitzenkandidat Rülke, Landtagsabgeordnete Schweickert und Landeschef Theurer wurde die Wertschätzung der FDP für die Jungen Liberalen deutlich: Die Mutterpartei interessiert sich für die Meinung des Nachwuchses und in der Diskussion begegnet man sich auf Augenhöhe.

Die vielen sogenannten „Kampfkandidaturen“ unterschieden den Landeskongress vom Bundeskongress, weshalb eine kompetitivere Atmosphäre den ganzen Samstag hindurch herrschte. Die Wahl für den Beisitzer für Organisation wurde beispielsweise nur durch eine Stimme entschieden. Andere Entscheidungen waren nicht viel deutlicher und wurden erst im 2. Wahlgang mit einfacher Mehrheit entschieden. Wie im Sport ist es auch bei Wahlen nicht leicht mit Niederlagen umzugehen. So fiel aus der Emotion heraus der ein oder andere unnötige Kommentar, welcher auf Neue etwas befremdlich gewirkt haben mag. Letztlich gab dies jedoch einen detaillierten Einblick in sozialen Strukturen einer parteilichen Organisation.

Nach abgeschlossenen Wahlen fand man sich als JuLi-Familie am Abend wieder zusammen und feierte ausgelassen die Freiheit. Obwohl es dabei bis in die Morgenstunden ging, war man am nächsten Tag fast pünktlich beschlussfähig für die programmatische Debatte, die produktiv verlief und bei der die Mitarbeit von Neumitgliedern ausführlich begrüßt und applaudiert wurde. Nach emotionalen Wahlen, wildem Feiern, intensiven Diskussionen und Kennenlernen vieler neuer Leute trat ich am späten Nachmittag die Heimreise an. Es wird nicht mein letzter Landeskongress gewesen sein.

Der neue Landesvorstand



v.l.n.r.: Carolin Holzmüller, Carolin Grulms, Achim Gnadt, Tician Boschert, Vincenz Wissler, Alexandra Seyfang, Jannis Kappelmann, Nadine Mayer, Daniel Götz, Marcel Aulila, Max Rathgeb



Max Rathgeb ist Beisitzer für Programmatik im Landesvorstand

Programmatik-Update

Auf dem vergangenen Landeskongress in Pforzheim wurden letztlich nur zwei Anträge beschlossen, diese aber umso ausführlicher diskutiert.

Dringlichkeitsantrag: Abschaffung des § 103 StGB

In einem Dringlichkeitsantrag haben wir, angeregt durch die Ereignisse rund um den Satiriker Jan Böhmermann, als eine der Ersten die ersatzlose Streichung des „Majestätsbeleidigungstatbestands“ § 103 StGB gefordert. Dieser sieht eine Strafverschärfung für den Fall vor, dass sich eine Beleidigung u.a. gegen ein ausländisches Regierungsoberhaupt richtet, zu dem die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhält. Die Entscheidung über das Eingreifen der Strafverschärfungen trifft dabei gem. § 104a StGB die Bundesregierung.

Wir halten eine solche Strafverschärfung nicht für notwendig. Wer auch immer einen anderen beleidigt, kann problemlos über den Tatbestand der normalen Beleidigung, § 185 StGB belangt werden. Eine Sonderstellung von Regierungsoberhäuptern wird der Ausprägung unseres Demokratieprinzips („Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“) nicht gerecht. Zudem bleibt der Vorbehalt der Regierung unverändert und lässt eine rechtliche Entscheidung ohne Not zu einer politischen werden.

Leitantrag: Start-Ups

Wir sehen Unternehmensgründungen und Start-Ups als wichtige Basis für eine innovative und moderne Gesellschaft. Daher müssen wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es gerade jungen Talenten ermöglicht, ihre Visionen erfolgreich und selbstständig umzusetzen. Das funktioniert für uns nur auf Basis von drei Säulen:

Eine gründerfreundliche gesellschaftliche Kultur, die unternehmerischen Mut honoriert und Fehler wie Insolvenzen verzeiht. Auf keinen Fall darf man als gescheiterter Gründer gebrandmarkt werden, vielmehr müssen für diejenigen, die der Gründung ernsthaft nachgegangen sind, Möglichkeiten einer zweiten Chance geschaffen werden.

Der Grundstein jeder Gründung liegt in menschlichem Potential. Durch Vernetzung der vielfach vorhandenen universitären Kompetenzen mit Gründern und eine Vermittlung wirtschaftlicher Kompetenzen bereits im Schulunterricht wollen wir dieses Potential stärken und vermehren. Dabei sollen bereits während des Studiums Gründungsanreize wie günstige Gründungskredite angeboten werden, um diese kreative Phase auszuschöpfen.

Zuletzt mangelt es unserem Land auch an gründerfreundlichen Rahmenbedingungen. Der bürokratische Aufwand und die steuerliche Belastung hindern häufig gerade junge Menschen an der Unternehmensgründung. Auch die Beschäftigung ausländischer Professionals ist dringend verbesserungsbedürftig: von Arbeitserlaubnissen für Flüchtlinge bis hin zu Freihandelsabkommen zur Erleichterung international vernetzter Arbeitsverhältnisse gilt es, zügig das Potential auszureizen, um unsere Start-Ups global wettbewerbsfähig zu halten.

TERMINE

8.-10.7. | Landesprogrammatisches Wochenende
LPW in Gengenbach mit eLaVo-Sitzung am Freitagabend

9.-11.9. | Bezirksprogrammatisches Wochenende
JuLis Nordwürttemberg

17.-18.9. | 70. Landeskongress mit Empfang zum 35. Geburtstag der JuLis BW
Jubiläums-LaKo in Stuttgart mit eLaVo-Sitzung am Freitagabend

8.10. | Bartour
JuLis Südwürttemberg-Hohenzollern

MEIN HIGHLIGHT DER BUSTOUR

Auf unserer Bustour zum Landtagswahlkampf haben uns viele JuLis aus anderen Bundesländern unterstützt. Wir danken unseren Gästen! Was hat ihnen am besten gefallen?

„Für einen, der selbst noch keinen Landes- oder Bundeswahltagkampf mitgemacht hat, war es eine sehr interessante Erfahrung, die eigenen Positionen „unters Volk“ zu bringen. Es hat ziemlich viel Spaß gemacht, mit neuen Leuten eine Tour quer durch ein Land zu machen und neue Städte und Orte zu erleben. Ich kann jedem eine empfehlen solchen Wahlkampftouren teilzunehmen und freue mich natürlich auf Unterstützung im Bayernwahlkampf 2018 :)“
Matze Sing

„Hat viel Spaß gemacht mit neuen und alten Gesichtern aus verschiedenen Landesverbänden Wahlkampf zu machen. Die liberale Familie hält zusammen!“
Adrian Spiegel

„Wahlkampftour in Baden-Württemberg in pinken Jäckchen, mit Zuckerwatte und tollen Leuten durchs Ländle touren. Eine Erfahrung, die wohl zu den unvergesslichen gehört!“
Sam Batat

„Besonders schön fand ich den Moment, als der Pavillon klemmte und sich 5 technisch mittelbegabte JuLis darum bemühten Schmieröl in das klemmende Teil zu bekommen. Und auch hat sich gezeigt: Die Stimmung war immer gut, auch wenn mal was nicht funktioniert hat.“
Lorenz Diergarten

„Die Vermittlung und Vertretung des freiheitlichen Gedankens gegenüber den Bürgern, auf einer zehntägigen Tour mit den JuLis BaWü ist unvergesslich. Denn dabei lernte ich viele Leute kennen, sah die schönen Städte BaWüs und konnte Zuckerwatte für 500 Schüler machen.“
Christina Zimmermann



Danke an die
JuLis Bayern
und Hessen!